

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 17.03.2016

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 17.03.2016
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses I, Schlossgartenstraße 16, 06406 Bernburg
(Saale)

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jürgen Weigelt

Mitglieder

Herr Mirko Bader
Herr Jürgen Badzinski
Herr Eberhard Balzer
Herr Manfred Bartel
Herr Hans-Jürgen Berg
Frau Katrin Biermordt
Frau Christine Bittner
Frau Karin Brandt
Herr Prof. Erich Buhmann
Herr Uwe Cisewski
Herr Peter Eckert
Herr Mike Franzelius
Frau Petra Giest
Herr Thomas Gruschka
Herr Christian Hackelbusch
Frau Hannelore Hausmann
Frau Andrea Heweker
Frau Isolde Kirchberg
Herr Gerd Klinz
Herr Dr. Jens Kramersmeyer
Frau Sieglinde Krause
Frau Henriette Krebs
Herr Johannes Lewek
Herr Detlef Mannich
Herr Friedel Meinecke
Herr Thomas Müller
Herr Hagen Neugebauer
Frau Christine Pfeiffer
Herr Heiner Rohr
Herr Stefan Ruland
Herr Thomas Sacher
Herr Uwe Schlegel
Herr Uwe Schmidt
Herr Oberbürgermeister Henry Schütze
Herr Klaus-Gunther Seyffert
Herr Michael Wieduwilt
Herr Franz Worofka

Protokollführer

Frau Yvonne Krebs

Nicht anwesend/ Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Kay Köppe

Herr Udo Riedel

Herr Hartmut Zellmer

Verwaltung:

Herr Dittrich, Dezernent II

Herr Koller, Dezernent III

Herr Hohl, Hauptamtsleiter

Frau Ost, Ltr. Rechtsamt

Herr Knopf, Pers. Referent

Frau König, Ltr. Kämmerei/Steueramt

Herr Weigelt beglückwünschte zu Beginn der Sitzung alle Mitglieder des Stadtrates, welche zwischen der letzten und der heutigen Stadtratssitzung Geburtstag hatten.

Öffentlicher Teil

Zur öffentlichen Geschäftsordnung:

- a) *Bestätigung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. §§ 53, 55 KVG LSA:*

Die Einberufung des Stadtrates der Stadt Bernburg (Saale) erfolgte gem. § 53 Abs. 4 KVG LSA ordnungsgemäß. Der Stadtrat war zu Beginn der Sitzung gem. § 55 Abs. 1 KVG LSA mit 38 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig.

- b) *Protokollgenehmigung der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 17.12.2015:*

Zum Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 17.12.2015, Seite 8, TOP 9, gab Frau Pfeiffer den Einwand, dass sie ja maßgeblich die Initiative zur Einbringung des Antrages auf Anerkennung der Aufwandsentschädigung als zweckgebundene Einnahme nach § 11 a Abs. 3 Satz 1 SGB II ergriffen habe. Im Protokoll sei nur erwähnt, dass Frau Krebs eine Prüfung beantragt habe.

Herr Hohl gab daraufhin die Antwort, dass ein nochmaliges Abhören der Aufnahme der Stadtratssitzung bestätigt habe, dass tatsächlich Frau Krebs als stellv. Fraktionsvorsitzende letztendlich den Antrag zur Prüfung gestellt habe. Richtig sei, so Herr Hohl, dass Frau Pfeiffer vorab Ausführungen diesbezüglich gemacht habe, aber der Antrag, der dann im Protokoll aufgenommen worden sei, wurde von Frau Krebs gestellt.

Frau Krebs bat daraufhin den Stadtrat, als Kompromissvorschlag im Protokoll nur als Antragsteller die Fraktion Die Linke zu benennen und den Namen der Antragstellerin rauszunehmen.

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) hatte hierzu keine Einwände. Das Protokoll der Sitzung des Stadtrates vom 17.12.2015 wird auf Seite 8, TOP 9, Satz 1 wie folgt geändert:

Die Fraktion Die Linke beantragte eine Prüfung, ob es möglich sei, eine Anerkennung der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Stadträte als zweckgebundene Einnahmen nach § 11a Abs. 3 Satz 1 SGB II in die Satzung mit aufzunehmen.

Das geänderte Protokoll wurde daraufhin mehrheitlich mit folgender Abstimmung bestätigt:

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 38

37 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimmen

b) *Bekanntgabe über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 17.12.2015 gefassten Beschlüsse:*

Herr Hohl gab folgende Beschlüsse bekannt:

Bebauungsplan Nr. 63, Kennwort: "Wohngebiet Südwest"
Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag zum Umlegungsverfahren
Beschlussvorlage 311/15

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) erteilt die Zustimmung zum Abschluss eines Städtebaulichen Vertrages zum Umlegungsverfahren „Wohngebiet Süd-West“.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

Auftragsvergabe ÖV-06015-H - Sanierung und Ertüchtigung der historischen Stadtmauer, 1. Abschnitt, Beseitigung Hochwasserschäden 2013, MP-Nr. 36.1 (Tischvorlage)
Beschlussvorlage 331/15

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Vergabe ÖV-06015-H - Sanierung und Ertüchtigung der historischen Stadtmauer, 1. Abschnitt, an die Hoch-Tief-Bau Gräfenhainichen GmbH, Nicolaistraße 18, 06406 Bernburg (Saale), in Höhe von 614.615,91 Euro (Brutto) inklusive 5 % Nachlass.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

37 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

d) *Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse:*

Herr Hohl gab die von den beschließenden Ausschüssen gefassten Beschlüsse bekannt.

e) Bericht der Verwaltung über die Umsetzung der Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Bernburg (Saale):

Herr Hohl, Herr Dittrich und Herr Koller berichten über die Umsetzung der Beschlüsse des Stadtrates.

f) Feststellung der öffentlichen Tagesordnung gem. der Geschäftsordnung:

Zur öffentlichen Tagesordnung gab Herr Weigelt bekannt, dass zu den Tagesordnungspunkten 6, 7, 10, 11 und 21 Anträge seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegen. Zum TOP 21 werde Herr Weigelt eine persönliche Erklärung zu einem in der MZ erschienenen Artikel abgeben.

Die öffentliche Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

Zur öffentlichen Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde gem. § 28 Abs. 2 KVG LSA

Seitens der anwesenden Einwohner gab es keine Anfragen.

2. Übergabe Sanierungspreis 2014

Preisträger: Friedensallee 55

Eigentümerin: Frau Kathi Biermordt

Um die Erfolge der Stadt Bernburg (Saale) in den Bereichen Stadterneuerung und Denkmalpflege für die Bürger der Stadt zu verdeutlichen und erlebbar zu machen, wird seit 1997 der Sanierungspreis vergeben werden.

Private Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Bürger der Stadt Bernburg (Saale) sollen mit dem Sanierungspreis Anerkennung finden.

Es wurden Objekte im Bereich der Erhaltungs- und Sanierungssatzung in die Auswahl einbezogen, an denen im Jahr 2014 umfangreiche Baumaßnahmen durchgeführt und abgeschlossen wurden, sowie durch eine Förderung der Stadt Bernburg (Saale) Unterstützung fanden.

Der Bau- und Sanierungsausschuss empfahl dem Stadtrat in seiner Sitzung am 25.11.2015 den Sanierungspreis 2014 an das Gebäude Friedensallee 55 zu vergeben. Der Beschluss des Stadtrates erfolgte in der Sitzung am 17.12.2015.

Das Gebäude Friedensallee 55 wurde im Jahr 1880 als Gasthaus „Zum schwarzen Ross“ im Stil des Klassizismus errichtet. Nach langem Leerstand hat die neue Eigentümerin, Frau Kathi Biermordt, das Gebäude im Jahr 2014 aufwendig saniert. Es entstanden 4 moderne Wohnungen.

Durch die Sanierungsmaßnahme wurde der architektonische Gesamteindruck der Friedensallee wesentlich aufgewertet und bereichert. Die Eigentümerin erhielt eine Unterstützung in Form einer Außenhüllenförderung (Dach, Fassade, Fenster, Außentüren, Tor).

Herr Schütze und Herr Weigelt beglückwünschten im Namen des Stadtrates und der Stadtverwaltung Frau Biermordt für die gelungene Sanierung des Gebäudes Friedensallee 55 und überreichten den Sanierungspreis 2014 und einen Blumenstrauß.

3. Bestellung der Ortsjugendwartin für die Ortsfeuerwehr Peißen Beschlussvorlage 353/16

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt, Frau Cortina Weber zur Ortsjugendwartin für die Ortsfeuerwehr Peißen mit Wirkung vom 13.04.2016 für die Dauer von 4 Jahren zu bestellen.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

4. Abberufung einer sachkundigen Einwohnerin des Jugend- und Sozialausschusses der Stadt Bernburg (Saale) und gleichzeitige Neuberufung Beschlussvorlage 338/16

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beruft Frau Hanni Musche als sachkundige Einwohnerin des Jugend- und Sozialausschusses rückwirkend zum 01.01.2016 ab.

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beruft Herrn Jost Vincent Altenstein als sachkundigen Einwohner in den Jugend- und Sozialausschuss der Stadt Bernburg (Saale).

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

**5. Abberufung einer sachkundigen Einwohnerin des Jugend- und Sozialausschusses der Stadt Bernburg (Saale) und gleichzeitige Neuberufung
Beschlussvorlage 366/16**

Hierzu lag ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Planungs- und Umweltausschuss vor. Dem Antrag wurde entsprochen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beruft Frau Christina Winterfeld als sachkundige Einwohnerin des Jugend- und Sozialausschusses rückwirkend zum 20.11.2015 ab.

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beruft Herrn Manuel Zacher als sachkundigen Einwohner in den Jugend- und Sozialausschuss der Stadt Bernburg (Saale).

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beruft Herrn Tobias Mechler als sachkundigen Einwohner in den Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Bernburg (Saale).

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

**6. Antrag der Fraktion Die Linke zur Kostengegenüberstellung zwischen analoger und digitaler Stadtratsarbeit
Informationsvorlage IV 085/16**

Hierzu lag folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

Antrag:

„Die Stadt Bernburg (Saale) führt derzeit eine erste bzw. weitere Ausbaustufe eines Ratsinformationssystem durch.

Ziel soll es aus der Sicht unserer Fraktion sein, dass die Ratsarbeit für alle Beteiligten, den Mitarbeitern der Verwaltung, den sachkundigen Bürgern, den Stadträten, der Presse und in Zukunft auch zu-nehmend den betroffenen Bürgern intelligenten Zugang zu den bereits digital vorliegenden Informationen zu geben. Entscheidungen sollen durch die Verfügbarkeit von Informationen transparenter gemacht werden.

Die schrittweise Einführung des Ratsinformationssystems soll all den oben genannten Gruppen einen abgestuften Zugang zu den öffentlichen und für Räte auch den nicht öffentlichen elektronischen Dokumenten bieten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Bernburg beantragt daher im Rahmen der Diskussion der Informationsvorlage zu den Kosten von bisheriger analoger Arbeit und der Ausstattung der Stadträte mit Tablets folgenden Beschluss:

- 1: Mit der weiteren Einführung des Ratsinformationssystems erhalten die Stadträte in Erweiterung des bisherigen Zugangs den Zugang zu diesen Funktionen über Internet
- 2: Die beiden Sitzungssäle im Rathaus I und II werden mit leistungsfähigen WLAN ausgestattet.
- 3: Den Fraktionen wird erlaubt den Mitgliedern ihrer Fraktion aus den Zuschüssen der Fraktionsarbeit Tablets oder Laptops für die Ratsarbeit zu finanzieren
- 4: Sitzungsvorlagen sollen in Zukunft so als PDF abgespeichert werden, dass eine Textsuche möglich ist.“

Zu diesem Antrag erläuterte Herr Hohl, dass die Software bei der Stadtverwaltung Bernburg (Saale) seit Januar 2016 erfolgreich läuft. Es sei vorgesehen, dass ab Mitte des Jahres jedes Stadtratsmitglied einen Zugriff auf „Session“ erhalten könne.

Hierzu werde auch eine Präsentation durchgeführt.

Die Ausstattung mit WLAN in den Sitzungsräumen des Rathauses I und II sei vorgesehen, jedoch habe die Stadt keinen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit (Breitbandversorgung).

Zur Finanzierung von Tablets aus Mitteln der Fraktionszuschüsse sehe Herr Hohl keine Probleme. Jedoch werde vorgeschlagen, dass die Stadt Bernburg (Saale) stadteigene Tablets (eventuell schon im Jahr 2016) den Mitgliedern des Stadtrates zur Verfügung stellen werde.

Herr Schütze bat die Fraktionsvorsitzenden, mit ihren Mitgliedern über die in der IV aufgeführten Varianten zu diskutieren und das Ergebnis der Stadtverwaltung mitzuteilen.

7. Verwendung von Zuschüssen der Stadt Bernburg (Saale) an die Fraktionen im Jahr 2014, hier: Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes Informationsvorlage IV 087/16

Hierzu lag folgender Antrag/Bitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

Antrag:

„Wir bitten die Stadt Bernburg (Saale) auf die Kostenbefreiung des Fraktionskontos hin zu wirken, da in unserem Fall die Bankgebühren der Salzlandsparkasse einen Großteil des Zuschusses ausmachen.“

Herr Schütze antwortete, dass er als Oberbürgermeister keinen Einfluss auf die Geschäftsbedingungen und Gebührenerhebungen von Banken und Sparkassen nehmen könne.

Zur Informationsvorlagen gab es keine weiteren Anfragen oder Hinweise.

**8. Bereitstellung über- und außerplanmäßiger Ausgaben im Jahr 2016 zur Beseitigung der Hochwasserschäden
Beschlussvorlage 354/16**

Herr Weigelt wies auf die neue Anlage der Beschlussvorlage hin, welche als Tischvorlage den Stadträten zur Verfügung gestellt worden sei.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die in der Anlage 1 aufgeführte über- und außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Beseitigung der Hochwasserschäden in 2016. Die Deckung der Mehrausgaben ist durch eine hundertprozentige Förderung durch Hochwasserfördermittel gesichert.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

**9. Eilentscheidung zur Bereitstellung überplanmäßiger Ausgaben im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 zur Beseitigung der Hochwasserschäden
Informationsvorlage IV 090/16**

Antrag:

Herr Lewek informierte, dass er sehr oft von Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bernburg (Saale) nach dem Stand der Beseitigung der Hochwasserschäden und nach dem Stand des Hochwasserschutzes gefragt werde. Aus diesem Grund stellte er folgenden Antrag:

Herr Lewek beantragte, dass die Verwaltung zur nächsten Stadtratssitzung einen Überblick über den Stand der Beseitigung der Hochwasserschäden und über den Stand der Maßnahmen zum Hochwasserschutz vorlegt.

Weiterhin fragte Herr Lewek nach, ob bezüglich einer Hochwassersproblematik die einzelnen Kommunen miteinander vernetzt seien.

Herr Schütze werde unter Anregungen und Bekanntmachungen diesbezüglich Aussagen treffen.

10. Parkraumkonzept Bernburg (Saale) - Beschluss über die Abwägung der Anregungen zum Entwurf Beschlussvorlage 339/16

Hierzu lag folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

„Die Stadt Bernburg (Saale) legte am 17.3.2016 ein hervorragendes Parkraumkonzept zur abschließenden Abstimmung vor. Aus der Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Bernburg ist aber die allgemeine Ziel-stellung des Konzeptes:

„ .. Gleichzeitig sind die Anforderungen hinsichtlich der Aufenthaltsqualität sowie die Gewährleistung attraktiver Nutzungsbedingungen für den Fuß- und Radverkehr sowie den ÖPNV zu berücksichtigen.. “ (Seite 7 Abschlussbericht) nicht ausreichend untersetzt.

Antrag:

Die Fraktion beantragt daher folgende Änderungen in der Abwägungsvorlage:

IN PUNKTUELLER ÄNDERUNG der BV-Nr. 339/16 wird beschlossen:

Die Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Stellungnahme des Aufgabenträgers für den öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) (Salzlandkreis Seite 1) soll wie folgt geändert werden:

Bisher: „...Unbenommen vom Parkraumkonzept sind jedoch Einzelentscheidungen in Abstimmungen mit den Ergebnissen des ÖPNV-Konzeptes möglich, zudem besteht bei der eventuellen Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes die Erwartung einer verstärkten Busnutzung zugunsten geringerer Parkraum-nachfrage“

Neu: „...Das Parkraumkonzept wird nach Vorlage des ÖPNV-Konzeptes fortgeschrieben, da bei der Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes die Erwartung einer verstärkten Busnutzung zugunsten geringerer Parkraumnachfrage gegeben ist.“

Hierzu gab Herr Schütze den Einwand, dass derartige Anträge eigentlich zur Vorberatung in den einzelnen Fachausschüssen gestellt werden müssten.

Herr Dittrich gab den Einwurf, dass die Beschlussvorlage den Beschluss über die Abwägung der Anregungen zum Entwurf beinhalte. Einzelne Maßnahmen zum Parkraumkonzept werden zu der heutigen Sitzung nicht beschlossen. Weiterhin stellte Herr Dittrich klar, dass von dem noch vorliegenden ÖPNV-Konzept des Landkreises die Grundzüge des Parkraumkonzeptes gar nicht betroffen seien. Selbst wenn einige Haltestellen verlegt würden, würden dadurch keine Parkflächen wegfallen, sondern sich maximal verschieben. Weiterhin wies Herr Dittrich darauf hin, dass das Parkraumkonzept jederzeit durch Beschluss des Stadtrates geändert oder erweitert werden könne.

Der Antrag wurde daraufhin zurückgezogen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt, dass die in den Anlagen 1 bis 8 beigefügten Abwägungsvorschläge vollinhaltlich bestätigt werden.

(Bei Bedarf sind die Abwägungsvorschläge einzeln zu behandeln.)

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diejenigen, welche Anregungen vorgebracht haben, vom Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

11. Parkraumkonzept Bernburg (Saale) - Beschluss über den Rahmenplan Beschlussvorlage 340/16

Hierzu lag folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

„Die Stadt Bernburg (Saale) legte am 17.3.2016 ein hervorragendes Parkraumkonzept zur abschließenden Abstimmung vor. Aus der Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Bernburg ist aber die allgemeine Ziel-stellung:

„... Gleichzeitig sind die Anforderungen hinsichtlich der Aufenthaltsqualität sowie die Gewährleistung attraktiver Nutzungsbedingungen für den Fuß- und Radverkehr sowie den ÖPNV zu berücksichtigen.“ (Seite 7 Abschlussbericht) in diesem Konzept nicht ausreichend untersetzt.

Im Parkraumkonzept werden keine Möglichkeiten aufgezeigt, den PKW Bedarf an Parkplätzen zu senken. Deshalb sollte eine Ergänzung erarbeitet werden, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie dies geschehen kann:

Beispiele:

- Möglichkeit der sicheren Abstellung von Fahrrädern
- Schaffung von Bedingungen (z.B. Umkleidemöglichkeiten) für Arbeitnehmer/Besucher die das Rad nutzen (Stadt, Land, Schulen, Banken, Versicherungen, Schwimmbhalle, ...)
- Anforderungen an den ÖPNV (Fahrradmitnahme)
- u.v.a.m.

Wir beantragen daher folgende Änderungen / Ergänzungen

IN ÄNDERUNG DER BV-Nr. 340/16 wird ergänzend beschlossen:

... Das Parkraumkonzept soll ergänzend Möglichkeiten ausloten, wie der Parkplatzbedarf der Stadt gesenkt werden kann.“

Zu diesem Antrag gab es eine rege Diskussion. Nach der Diskussion wurde über den Antrag wie folgt abgestimmt:

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 35

6 Ja-Stimmen
20 Nein-Stimmen,
12 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt das Parkraumkonzept als Rahmenplan im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch, der eine Grundlage für künftige verkehrsplanerische und verkehrsorganisatorische Einzelentscheidungen bildet.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

35 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen

- 12. 2. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplans der (ehemaligen) Gemeinde Peißen,**
Kennwort: „Gewerbliche Bauflächen im Plangebiet Flanschenwerk zwischen Bebitz und Leau an der Landesstraße L 149“
Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Anregungen zum Entwurf vom 20.07.2015
Beschlussvorlage 347/16

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt, dass die in den Anlagen 1 – 5 beigefügten Abwägungsvorschläge vollinhaltlich bestätigt werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diejenigen, welche Anregungen vorgebracht haben, vom Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

- 13. 2. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplans der (ehemaligen) Gemeinde Peißen,
Kennwort: „Gewerbliche Bauflächen im Plangebiet Flanschenwerk zwischen Bebitz und Leau an der Landesstraße L 149“
Feststellungsbeschluss
Beschlussvorlage 348/16**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die 2. Änderung des Flächennutzungsplans der ehemaligen Gemeinde Peißen, Kennwort: „Gewerbliche Bauflächen im Plangebiet Flanschenwerk zwischen Bebitz und Leau an der Landesstraße L 149“ in der vorliegenden Fassung.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

- 14. 3. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplans der (ehemaligen) Gemeinde Peißen,
Kennwort: „Plangebiet am Tonsteintagebau südlich der K 2104“
Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Anregungen zum Vorentwurf
Beschlussvorlage 349/16**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt, dass die in den Anlagen 1 – 6 beigefügten Änderungsvorschläge vollinhaltlich bestätigt werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diejenigen, welche Anregungen vorgebracht haben, vom Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

- 15. 3. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplans der (ehemaligen) Gemeinde Peißen,
Kennwort: „Plangebiet am Tonsteintagebau südlich der K 2104“
Billigung des Entwurfs
Beschlussvorlage 350/16**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) billigt den Entwurf der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes der (ehemaligen) Gemeinde Peißen, Kennwort: „Plangebiet am Tonsteintagebau südlich der K 2104“ in der vorliegenden Fassung.

Abstimmung:

Mitglieder: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

- 16. Bebauungsplan Nr. 86, Kennwort: „Plangebiet am Tonsteintagebau südlich der K 2104 in Peißen“
Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Anregungen zum Vorentwurf
Beschlussvorlage 351/16**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt, dass die in den Anlagen 1 – 8 beigefügten Abwägungsvorschläge vollinhaltlich bestätigt werden. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diejenigen, welche Anregungen vorgebracht haben, vom Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 37 (Herr Buhmann kurz draußen)

37 Ja-Stimmen

- 17. Bebauungsplan Nr. 86, Kennwort: "Plangebiet am Tonsteintagebau südlich der K 2104 in Peißen"
Billigung Entwurf
Beschlussvorlage 352/16**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) billigt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 86, Kennwort: „Plangebiet am Tonsteintagebau südlich der K 2104 in Peißen“ in der vorliegenden Fassung und bestimmt ihn zur öffentlichen Auslegung sowie zur Behördenbeteiligung.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

**18. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 63, Kennwort: "Wohngebiet Süd-West"
Aufstellungsbeschluss
Beschlussvorlage 355/16**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 mit dem Kennwort: „Wohngebiet Süd-West“ gemäß Beschlussformulierung der Beschlussvorlage.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

38 Ja-Stimmen

**19. Benehmen der Stadt Bernburg (Saale) zur Aufnahme eines Hortes in der Freien Sekundarschule Bernburg in die Bedarfsplanung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe für die Kindertageseinrichtungen
Beschlussvorlage 367/16**

Hierzu gab es seine sehr rege Diskussion, in der u. a. von Herrn Meinecke nachgefragt wurde, aus welchen Gründen die Beschlussvorlage bei der Höhe der erforderlichen finanziellen Mittel nicht im Haushalts- und Finanzausschuss beraten worden sei. Weiterhin vermisse er ein pädagogisches Konzept der Freien Sekundarschule.

Herr Ruland, Vors. des Haushalts- und Finanzausschuss, antwortete, dass es aus Zeitgründen leider nicht möglich gewesen sei, die Vorlage ordnungsgemäß in die Tagesordnung des HFA aufzunehmen.

Herr Balzer gab den Einwurf, dass die Vorlage auch im Schul-, Kultur- und Sportausschuss vorberaten werden könne, auch im Hinblick auf das pädagogische Konzept der Freien Sekundarschule.

Herr Koller machte darauf aufmerksam, dass sich die Betreuung der Freien Sekundarschule nach dem Schulgesetz und der des Hortes nach dem KiFÖG richte. Die Schule sei durch das Schulverwaltungsamt LSA genehmigt worden. Für die Sekundarschulen, so Herr Koller, sei der Salzlandkreis zuständig. Da sich die Betreuung des Hortes nach dem KiFÖG richte, sei die Zuständigkeit des Jugend- und Sozialausschusses der Stadt Bernburg (Saale) bei der Behmehensherstellung gegeben.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Benehmen der Stadt Bernburg (Saale) zur Aufnahme des Hortes in der Freien Sekundarschule Bernburg in den Bedarfs- und Entwicklungsplan des Salzlandkreises zu erteilen.

Abstimmung:

Mitglieder des Stadtrates: 41

davon anwesend: 38

29 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

7 Enthaltungen

20. Entwicklung der Schülerzahlen in den Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Bernburg (Saale) Informationsvorlage IV 088/16

Zu der Informationsvorlage gab es keine Anfragen oder Anregungen.

21. Mitteilungen, Beantwortung von Anfragen, Anregungen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„Die Fraktion bittet die Stadt Bernburg (Saale), den aktuellen Stand der vorbeugenden Hochwasserrückhalteplanung vorzutragen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Bernburg (Saale) interessiert sich neben dem bereits durch die Stadt vorgetragenen Konzept der Nutzung der historischen Stadtmauer als Hochwasserschutzwand im Besonderen für die

- Einforderungen für wirksamen Rückhaltmaßnahmen oberhalb von Bernburg (Saale) und für
- die Freilegung des Abflussgrabens im alten Bett der Saale oberhalb und unterhalb der Rö-
ße.“

Zur gesamten Problematik erläuterte Herr Schütze u. a., dass die Hochwasserschadensbeseitigung sehr gut laufe, da die Finanzierung durch die 100%ige Förderung gesichert sei.

Zum präventiven Hochwasserschutz gab es einige Gespräche mit den zuständigen Ministerien. Im Hinblick auf eine mögliche Förderrichtlinie zum präventiven Hochwasserschutz habe die Stadt ihre diesbezüglichen Planungen vorangetrieben, so dass eine schnelle Antragstellung möglich sei. Das Konzept sei mit einer Firma erarbeitet worden und umfasse Kosten in Höhe von ca. 5 Mio. Euro. Das Ingenieurbüro habe auch Berechnungen durchgeführt, welche Auswirkungen die präventiven Hochwasserschutzmaßnahmen auf den Hochwasserstand dann insgesamt haben. Diese Zahlen sowie alle einzelnen Schritte seien mit dem LHW abgestimmt worden.

Gem. Konzept der Förderrichtlinie, so Herr Schütze, könne man mit einer 80%igen Förderung bei 20% Eigenanteil ausgehen. Ein Anmeldeformular zum Förderantrag liege vor, jedoch müsse der Eigenanteil zu den präventiven Hochwasserschutzmaßnahmen in den Haushalt eingestellt werden. Hierzu sei der Beschluss eines Nachtragshaushaltes nötig, der zur nächsten Stadtratssitzung vorgesehen sei. Weiterhin sei auch eine kommunalrechtliche Bestätigung erforderlich.

Im April, so abschließend Herr Schütze, finden nochmalige Gespräche mit dem LHW und dem Landkreis statt. Eine diesbezügliche Beschlussvorlage zum Nachtragshaushalt werde zur Sitzung des Stadtrates am 23.06.2016 vorgelegt.

Persönliche Erklärung von Herrn Weigelt zu einem MZ-Artikel vom 15.03.16

Herr Weigelt erklärte, dass er sich zu dem Artikel in der MZ vom 15.03.2016 bezüglich Wahlanalyse Landtagswahlen 2016 äußern möchte, da er in einem Passus des genannten Artikels auch als Vorsitzender des Stadtrates wie auch der gesamte Stadtrat angesprochen worden sei. Dieser Passus beinhaltete Folgendes: „Beim DGB-Wahlforum äußerte er (Herr Weigelt) auf Anfrage eines Bürgers, dass seiner Meinung nach die Kommunen über ihre Verhältnisse leben und bei ihren Ausgaben kürzen müssten. Eine Sichtweise, die auch bei vielen Mitgliedern des Bernburger Stadtrates, dessen Vorsitzender er ist, für Kopfschütteln Sorge.“

Herr Weigelt erläuterte, dass er sich an die Frage und an die von ihm gegebene Antwort sehr gut erinnern könne. Er habe mit einem Zitat des ehemaligen Finanzpolitikers Friedrich Merz geantwortet, welches lautete: „Wir haben in Deutschland kein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabeproblem.“. Diese Feststellung, so Herr Weigelt, habe er nicht nur zitiert, sondern er habe sich zu dieser Aussage auch inhaltlich bekannt und werde das auch weiterhin tun. Herr Weigelt begründete dies damit, dass seit 1950 die Einnahmen der öffentlichen Haushalte kontinuierlich gestiegen seien. Ebenso sei es verständlich, dass auch die Ausgaben kontinuierlich gestiegen seien, jedoch mit dem Unterschied, dass die Ausgabensteigerung nicht der Einnahmesteigerung gefolgt, sondern vorangeeilt sei. In fast allen Jahren übertrafen die Ausgaben die Einnahmen der öffentlichen Haushalte unter allen möglichen Regierungen bzw. Mehrheitskonstellationen. Von 1950 bis 2014 habe dieses Finanzgebaren zwangsläufig zu einer Überschuldung der öffentlichen Haushalte geführt. Der Schuldenberg sei seit 1950 (umgerechnet in Euro) von 9,6 Milliarden Euro, auf 540 Milliarden Euro im Beitrittsjahr 1990 und erreichte in 2012 die Schuldenhöhe von über 2 Billionen Euro, davon auf den Bund: 1,3 Billionen, auf die Länder rund 690 Milliarden und die Städte und Gemeinden rund 140 Milliarden Euro. Gleichzeitig haben sich die öffentlichen Haushalte durch Rekordeinnahmen ausgezeichnet. Im Jahr 2014 lag dann in den öffentlichen Haushalten erstmals die Höhe der Einnahmen rund 6 Milliarden Euro über den Ausgaben. Man wollte dann zu dem Zeitpunkt lieber die Ausgabenseite bedienen, als Schulden abzubauen. Herr Weigelt schließe sich aber den Politikern an, welche immer den Staat und damit den öffentlichen Haushalten zum Innehalten, zum Sparen und zum Abtragen des zuvor beschriebenen kolossalen Schuldenberges mahnen. Hiervon sei Herr Weigelt überzeugt, da man es der zukünftigen Generation schuldig sei.

Proben des Silcher Chores

Herr Neugebauer berichtete, dass der Silcher Chor für die Nutzung der Aula des Gymnasiums in der Friedensallee Miete zahlen müsse. Herr Neugebauer fragte nach, ob man diesbezüglich etwas ändern könne.

Herr Dittrich antwortete, dass sich das Gymnasium in der Friedensallee in Trägerschaft des Salzlandkreises befinde. Der Salzlandkreis habe sicher eine Nutzungs- und Gebührenordnung für die Aula erlassen. Diese Frage müsse an den Salzlandkreis weitergeleitet werden.

Gebühren für die Nutzung von Sporthallen der Stadt Bernburg (Saale)

Herr Kramersmeyer gab zu der Erhebung von Nutzungsgebühren für die Benutzung von Sportplätzen, Turnhallen oder Aulen den Hinweis, dass eine Gebührenerhöhung in Maßen erfolgen sollte. Es gebe zurzeit eine massive Erhöhung der Gebühren des Salzlandkreises, so dass die bereits erhöhten Mitgliedsbeiträge (120,00 €/Jahr), welche Kinder und Jugendlichen zahlen müssen, nicht mehr ausreichen. Weiterhin seien diesbezüglich auch Trainings- und Wettkampfzeiten reduziert worden. Herr Kramersmeyer würde sich freuen, wenn die Politik dem entgegensteuern könne, um die Bedeutung des Nachwuchssportes deutlich zu machen.

Herr Schütze wies darauf hin, dass bis jetzt nur der Salzlandkreis eine Hallennutzungsgebühr beschlossen habe.

Sportstätten in öffentlicher Trägerschaft der Stadt Bernburg (Saale) werden den gemeinnützigen Sportorganisationen zur nicht auf Gewinnerzielung gerichteten, sportlichen Betätigung grundsätzlich unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Der Aufsichtsrat der BFG habe sich aber dafür ausgesprochen, eine Betriebskostenbeteiligung in angemessener Form einzuführen.

Auch die Stadtverwaltung bereite zurzeit eine diesbezüglich Überarbeitung der Regelung für die Nutzung der Sportstätten vor. Diese werde dann den Fachausschüssen zur Beratung vorgelegt.

Jürgen Weigelt
Vorsitzender des Stadtrates

Henry Schütze
Oberbürgermeister

Für das Protokoll

Yvonne Krebs
Stadtratsbüro